

AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES
Herausgegeben von der Behörde für Justiz und Gleichstellung der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 87

FREITAG, DEN 7. NOVEMBER

2014

Inhalt:

	Seite		Seite
Aufstellungsbeschluss über den Bebauungsplan Stellingen 61	2117	Bekanntgabe des Ergebnisses einer Prüfung zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht ...	2120
Öffentliche Auslegung einer Änderung des Flächennutzungsplans	2117	Widmung der Wegefläche Steinhagenweg	2120
Öffentliche Auslegung des Bebauungsplan-Entwurfs Stellingen 61	2118	Beabsichtigte Entwidmung von Teilflächen der Straße „Bubendeyweg“	2120
Auslegung einer Änderung des Landschaftsprogramms	2119	Grabenschau 2014 auf der Insel Neuwerk	2120
Öffentliche Plandiskussion zum Bebauungsplan-Entwurf „Stellingen 67“ sowie zur parallelen Änderung des Flächennutzungsplans	2119	Öffentliche Bekanntmachung über die Gebührenordnung der Hamburgischen Kammer der Psychologischen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen und -psychotherapeuten ...	2121

BEKANNTMACHUNGEN

Aufstellungsbeschluss über den Bebauungsplan Stellingen 61

Das Bezirksamt Eimsbüttel beschließt nach § 2 Absatz 1 des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2415), zuletzt geändert am 15. Juli 2014 (BGBl. I S. 954), für das Gebiet westlich der Vogt-Kölln-Straße und nördlich des Wördemanns Weg den bestehenden Bebauungsplan zu ändern (Aufstellungsbeschluss E 3/14).

Eine Karte, in der das Gebiet farbig angelegt ist, kann im Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung des Bezirksamtes Eimsbüttel während der Dienststunden eingesehen werden.

Das Plangebiet wird wie folgt begrenzt: Vogt-Kölln-Straße – Nord-, Ost- und Südgrenzen des Flurstücks 3914 der Gemarkung Stellingen – Wördemanns Weg (Bezirk Eimsbüttel, Ortsteil 321).

Durch den Bebauungsplan sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung von Sportanlagen und einer öffentlichen Grünfläche geschaffen werden. Im Süd-Westen soll ein Gewerbegebiet ausgewiesen werden.

Hamburg, den 30. Oktober 2014

Das Bezirksamt Eimsbüttel

Amtl. Anz. S. 2117

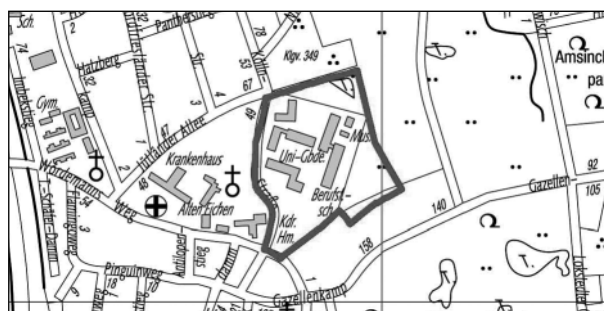
Öffentliche Auslegung einer Änderung des Flächennutzungsplans

Der Senat hat beschlossen, die Änderung des Flächennutzungsplans „Grün und Gewerbe nordwestlich Hagenbecks Tierpark in Stellingen“ für den Geltungsbereich östlich der Vogt-Kölln-Straße, nördlich Wördemanns Weg und

Gazellenkamp im Stadtteil Stellingen (Bezirk Eimsbüttel, Ortsteil 321) und die Begründung in der Fassung vom Oktober 2014 öffentlich auszulegen:

Änderung des Flächennutzungsplans (Aufstellungsbeschluss F 03/14)

Geltungsbereich östlich der Vogt-Kölln-Straße, nördlich Wördemanns Weg und Gazellenkamp im Stadtteil Stellingen (Bezirk Eimsbüttel, Ortsteil 321).



Der Flächennutzungsplan stellt für den Bereich des Bebauungsplan-Entwurfs Stellingen 61 „Flächen für den Gemeinbedarf“ mit dem Symbol „Einrichtung für Forschung und Lehre“ und „Wohnbauflächen“ dar. Der Standort für Forschung und Lehre wird an dieser Stelle aufgegeben. Es sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine Nachnutzung durch Sport- und Gewerbeflächen geschaffen werden. Es ist deshalb vorgesehen, im Flächennutzungsplan die „Flächen für den Gemeinbedarf“ und „Wohnbauflächen“ durch „Grünflächen“ und durch „Gewerbliche Bauflächen“ zu ersetzen. Das Symbol „Einrichtung für Forschung und Lehre“ entfällt.

Durch die Planung sollen die Voraussetzungen für die Verlegung der Sportplätze geschaffen werden, die sich derzeit am Sportplatzring befinden (außerhalb des Plangebiets). Nach der Verlagerung dieser Sportplätze soll am Sportplatzring Wohnen entwickelt werden, um einen Beitrag zur Verbesserung des Wohnungsangebots in Hamburg zu leisten (Bebauungsplan-Entwurf Stellingen 62).

Das Gebiet der Flächennutzungsplanänderung umfasst eine Fläche von etwa 7,5 ha.

Die Änderung des Flächennutzungsplans (zeichnerische Darstellungen, Beschlusstext und Begründung) wird in der Zeit vom 17. November 2014 bis 16. Dezember 2014 an den Werktagen (außer sonnabends) während der Dienststunden im Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung des Bezirksamtes Eimsbüttel, Grindelberg 62-66, XI. Stock, Raum 1138, 20144 Hamburg, öffentlich ausgelegt.

Bestandteil der Auslegung ist der Umweltbericht mit Informationen zu den Schutzgütern Mensch, Tiere, Pflanzen, Boden, Wasser, Luft, Klima, Stadt- und Landschaftsbild, Kultur- und Sachgüter.

Darüber hinaus sind folgende Gutachten und Untersuchungen verfügbar, die im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplans Stellingen 61 erarbeitet wurden:

- Landschaftsplanerischer Fachbeitrag.
- Biotoptypenkartierung.
- Faunistische Bestandserfassung und artenschutzfachliche Betrachtung.
- Entwässerungskonzept.
- Lärmtechnische Untersuchung einschließlich Vorschlag zur Emissionskontingentierung nach DIN 45691.
- Verkehrstechnische Untersuchung.

Außerdem liegen umweltrelevante Stellungnahmen zu den Themenbereichen Luftschadstoffe, Bodenverunreinigungen und Altlasten, eine Luftbildauswertung zum Baumbestand, zu Immissionen aus dem Flugverkehr, dem Gewerbelärm, dem Verkehrslärm, zur Entwässerung, zum Wasserschutzgebiet, zum Bodenschutz, zum Baumschutz, zur Biotopverlagerung, zur Eingriffs- und Ausgleichsregelung sowie zum Landschaftsschutzgebiet vor.

Diese Unterlagen können während der öffentlichen Auslegung eingesehen werden.

Während der öffentlichen Auslegung können Stellungnahmen zu der ausliegenden Änderung des Flächennutzungsplans bei der oben genannten Dienststelle schriftlich oder zur Niederschrift abgegeben werden. Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können bei der Beschlussfassung über den Bauleitplan unberücksichtigt bleiben. Ein Antrag nach § 47 der Verwaltungsgerichtsordnung ist unzulässig, soweit mit ihm Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.

Ein Duplikat der Änderung des Flächennutzungsplans ohne umweltbezogene Informationen kann in der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Amt für Landes- und Landschaftsplanung, Neuenfelder Straße 19, Erdgeschoss, Raum E.01.274, 21109 Hamburg, im oben angegebenen Zeitraum eingesehen werden.

Hamburg, den 30. Oktober 2014

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

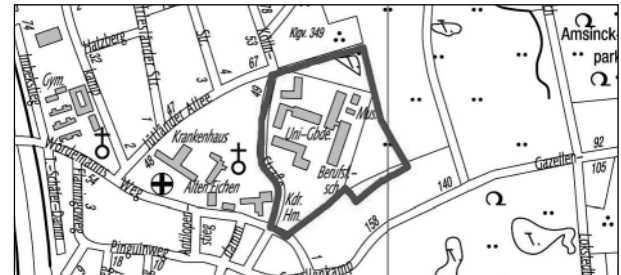
Amtl. Anz. S. 2117

Öffentliche Auslegung des Bebauungsplan-Entwurfs Stellingen 61

Das Bezirksamt Eimsbüttel hat beschlossen, folgenden Bebauungsplan-Entwurf gemäß § 3 Absatz 2 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2415), zuletzt geändert am 15. Juli 2014 (BGBl. I S. 954), öffentlich auszulegen:

Bebauungsplan Stellingen 61

Der Geltungsbereich liegt östlich der Vogt-Kölln-Straße, nördlich des Wördemanns Weg in der Gemarkung Stellingen, Bezirk Eimsbüttel, Ortsteil 321.



Das Plangebiet wird wie folgt begrenzt: Vogt-Kölln-Straße – Nord-, Ost- und Südgrenzen des Flurstücks 3914 der Gemarkung Stellingen – Wördemanns Weg (Bezirk Eimsbüttel, Ortsteil 321).

Durch den Bebauungsplan sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung von Sportanlagen und einer öffentlichen Grünfläche geschaffen werden. Im Süd-Westen soll ein Gewerbegebiet ausgewiesen werden.

Der Entwurf des Bebauungsplans mit Planzeichnung, Verordnungstext und Begründung wird in der Zeit vom 17. November 2014 bis 16. Dezember 2014 an den Werktagen (außer sonnabends) während der Dienststunden (montags bis donnerstags von 9.00 Uhr bis 16.00 Uhr, freitags von 9.00 Uhr bis 14.00 Uhr) im Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung des Bezirksamtes Eimsbüttel, Grindelberg 62-66, XI. Stock, Raum 1138, 20144 Hamburg, öffentlich ausgelegt. Darüber hinaus können die Auslegungunterlagen im Internet unter www.hamburg.de/stadtplanung-eimsbuettel eingesehen werden.

Bestandteil der Auslegung ist der Umweltbericht mit Informationen zu den Schutzgütern Mensch, Tiere, Pflanzen, Boden, Wasser, Luft, Klima, Stadt- und Landschaftsbild, Kultur- und Sachgüter.

Darüber hinaus sind folgende Gutachten und Untersuchungen verfügbar:

- Landschaftsplanerischer Fachbeitrag.
- Biotoptypenkartierung.
- Faunistische Bestandserfassung und artenschutzfachliche Betrachtung.
- Entwässerungskonzept.
- Lärmtechnische Untersuchung einschließlich Vorschlag zur Emissionskontingentierung nach DIN 45691.
- Verkehrstechnische Untersuchung.

Außerdem liegen umweltrelevante Stellungnahmen zu den Themenbereichen Luftschadstoffe, Bodenverunreinigungen und Altlasten, eine Luftbildauswertung zum Baumbestand, zu Immissionen aus dem Flugverkehr, dem Gewerbelärm, dem Verkehrslärm, zur Entwässerung, zum Wasserschutzgebiet, zum Bodenschutz, zum Baumschutz, zur Biotopverlagerung, zur Eingriffs- und Ausgleichsregelung sowie zum Landschaftsschutzgebiet vor.

Weiterhin können die Protokolle des Scoping-Termins und der Öffentlichen Plandiskussion sowie die DIN 45691 „Geräuschkontingierung“ eingesehen werden.

Während der öffentlichen Auslegung können Stellungnahmen zu dem ausliegenden Bebauungsplan-Entwurf bei der genannten Dienststelle schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben können und dass ein Antrag nach § 47 der Verwaltungsgerichtsordnung unzulässig ist, soweit mit ihm Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.

Hamburg, den 30. Oktober 2014

Das Bezirksamt Eimsbüttel

Amtl. Anz. S. 2118

Auslegung einer Änderung des Landschaftsprogramms

Der auf Grund von § 4 Absatz 1 des Hamburgischen Gesetzes zur Ausführung des Bundesnaturschutzgesetzes (HmbBNatSchAG) vom 11. Mai 2010 (HmbGVBl. S. 350, 402), zuletzt geändert am 13. Mai 2014 (HmbGVBl. S. 167), erstellte Entwurf einer Änderung des Landschaftsprogramms (Änderungsverfahren L 03/14) „Grün und Gewerbe nordwestlich Hagenbecks Tierpark sowie Wohnen nördlich Sportplatzring in Stellingen“ im Geltungsbereich östlich der Vogt-Kölln-Straße, nördlich Wördemannsweg und Gazellenkamp im Stadtteil Stellingen (Bezirk Eimsbüttel, Ortsteil 321) wird mit Beschluss, Erläuterungsbericht und Karten nach § 5 Absatz 2 HmbBNatSchAG in der Zeit vom 17. November 2014 bis 16. Dezember 2014 an den Werktagen (außer sonntags) während der Dienststunden im Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung des Bezirksamtes Eimsbüttel, Grindelberg 62-66, XI. Stock, Raum 1138, 20144 Hamburg, öffentlich ausgelegt.

Auf Grund der Änderungen des Flächennutzungsplans wird das Landschaftsprogramm entsprechend geändert. Zusätzlich umfasst die Änderung des Landschaftsprogramms im südlichen Teilbereich die Sportanlagen am Sportplatzring, die nach der Verlagerung zu Wohnen entwickelt werden sollen.

Das Landschaftsprogramm stellt in dem nördlichen Teilbereich die Milieus „Öffentliche Einrichtung“, „Parkanlage“ und „Gartenbezogenes Wohnen“ sowie im südlichen Teilbereich „Grünanlage, eingeschränkt nutzbar“ dar. Östlich des Plangebiets verläuft die Eimsbütteler Landschaftsachse mit den milieuübergreifenden Funktionen „Bezirkspark“ und „Landschaftsschutz“.

Im Landschaftsprogramm werden im nördlichen Teilbereich die Milieus „Gartenbezogenes Wohnen“, „Parkanlage“ und „Öffentliche Einrichtung“ durch die Milieus „Grünanlage, eingeschränkt nutzbar“ und „Gewerbe, Industrie und Hafen“ ersetzt. Der Verlauf der Milieuübergreifenden Funktion „Landschaftsachse“ wird angepasst. Im südlichen Teilbereich wird das Milieu „Grünanlage, eingeschränkt nutzbar“ in das Milieu „Etagenwohnen“ geändert.

In der Karte Arten- und Biotopschutz werden im nördlichen Teilbereich die Biotopentwicklungsräume 13 b „Gemeinbedarfsflächen“, 10 a „Parkanlage“ und 11 a „Offene Wohnbebauung mit artenreichen Biotopelementen“ in die Biotopentwicklungsräume 10 d „Sportanlage“ und 14 a „Industrie-, Gewerbe- und Hafenflächen“ geändert. Im süd-

lichen Teilbereich wird der Biotopentwicklungsraum 10 d „Sportanlage“ in 12 „Städtisch geprägte Bereiche mit mittlerem bis geringem Grünanteil“ geändert.

Das Gebiet der Landschaftsprogrammänderung umfasst eine Fläche von etwa 12,5 ha.

Während der öffentlichen Auslegung können Stellungnahmen zu der ausliegenden Änderung des Landschaftsprogramms bei der oben genannten Dienststelle schriftlich oder zur Niederschrift abgegeben werden. Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können bei der Beschlussfassung über das Landschaftsprogramm unberücksichtigt bleiben.

Ein Duplikat der Änderung des Landschaftsprogramms kann in der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Amt für Landes- und Landschaftsplanung, Neuenfelder Straße 19, Erdgeschoss, Raum E.01.274, 21109 Hamburg, im oben angegebenen Zeitraum eingesehen werden.

Hamburg, den 30. Oktober 2014

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Amtl. Anz. S. 2119

Öffentliche Plandiskussion zum Bebauungsplan-Entwurf „Stellingen 67“ sowie zur parallelen Änderung des Flächennutzungsplans

Der Stadtplanungsausschuss der Bezirksversammlung Eimsbüttel führt zum Entwurf des Bebauungsplans „Stellingen 67“ mit den Bürgerinnen und Bürgern eine öffentliche Plandiskussion mit Unterrichtung und Erörterung gemäß § 3 Absatz 1 des Baugesetzbuchs (BauGB) durch.

Mit dem Bebauungsplan-Entwurf „Stellingen 67“ soll das Gebiet als Gewerbegebiet festgesetzt werden. Um den Standort für klassische gewerbliche Nutzungen – insbesondere produzierendes und verarbeitendes Gewerbe – zu sichern, sollen Einzelhandelsnutzungen im Plangebiet weitgehend ausgeschlossen werden. Dies entspricht den Zielsetzungen des Einzelhandels- und Nahversorgungskonzepts für den Bezirk Eimsbüttel, das das Stadtteilzentrum östlich des Plangebiets um die Kreuzung Kieler Straße/Sportplatzring als zentralen Versorgungsbereich vorsieht.

Das Plangebiet wird wie folgt begrenzt: Volksparkstraße – Binsbarg – Rohlfsweg – Bundesautobahn A 7 – Kieler Straße – Süd- und Ostgrenzen des Flurstücks 4336 der Gemarkung Stellingen – Alte Volksparkstraße (Bezirk Eimsbüttel, Ortsteil 321).

Parallel zum Bebauungsplan-Entwurf „Stellingen 67“ soll im Bereich des Plangebiets der Flächennutzungsplan geändert werden. Die Änderung umfasst auch Flächen außerhalb des Bebauungsplangebiets, die südwestlich und nordöstlich der Kreuzung Kieler Straße/Volksparkstraße/Sportplatzring liegen.

Mit der Planänderung sollen gewerbliche Nutzungen planerisch gesichert und das Zentrum Stellingen entsprechend seiner aktuellen und künftigen Lage im Kreuzungsbereich Volksparkstraße/Sportplatzring und Kieler Straße gesichert werden.

Die Öffentliche Plandiskussion findet am Dienstag, dem 18. November 2014, um 19.30 Uhr im Haus für Jugend, Kultur und Stadtteil Stellingen, Sportplatzring 71, 22527 Hamburg, statt.

Anschauungsmaterial kann ab 19.00 Uhr vor Ort eingesehen werden.

Für Informationen steht das Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung unter der Telefonnummer 040/4 28 01 - 20 16 zur Verfügung. Weitere Informationen können auch unter www.hamburg.de/stadtplanung-eimsbuettel eingesehen werden.

Hamburg, den 30. Oktober 2014

Das Bezirksamt Eimsbüttel

Amtl. Anz. S. 2119

Bekanntgabe des Ergebnisses einer Prüfung zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht

Das Bezirksamt Hamburg-Nord, Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt, Fachamt Management des öffentlichen Raumes, Fachbereich Tiefbau, hat bei der Wasserbehörde des Bezirksamtes Hamburg-Nord die naturnahe Umgestaltung der Wandse zwischen der Maxstraße und der Straße Eilbektal beantragt. Das Vorhaben stellt einen Gewässerausbau nach Nummer 13.18.2 der Anlage 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 95), zuletzt geändert am 25. Juli 2013 (BGBl. I S. 2749, 2756), dar. Das Vorhaben kann nach Einschätzung der Plangenehmigungsbehörde im Einvernehmen mit den Ämtern für Gewässer, Umweltschutz, Natur- und Ressourcenschutz der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen haben, die bei der Entscheidung über die Zulassung zu berücksichtigen wären (§ 12 UVPG). Eine Umweltverträglichkeitsprüfung für das Vorhaben ist nicht erforderlich. Diese Feststellung ist beim Bezirksamt Hamburg-Nord, Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt, Fachamt Management des öffentlichen Raumes, Fachbereich Tiefbau, Zimmer 303, Kümmellstraße 6, 20249 Hamburg, nach den Bestimmungen des Umweltinformationsgesetzes für die Öffentlichkeit zugänglich.

Hamburg, den 29. Oktober 2014

Das Bezirksamt Hamburg-Nord

Amtl. Anz. S. 2120

Widmung der Wegefläche Steinhagenweg

Es ist beabsichtigt, folgende Verfügung zu erlassen:

Nach § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen wird die im Bezirk Wandsbek, Gemarkung Neu-Rahlstedt, Ortsteil 526, belegene neu erstellte Wegefläche Steinhagenweg (Flurstück 2300), vom Großlohering nach Westen abzweigend und in einer Kehre endend, mit sofortiger Wirkung dem öffentlichen Verkehr gewidmet.

Die Fläche ist laut Senatsbeschluss vom 2. November 2011 Steinhagenweg benannt worden.

Der räumliche Umfang ergibt sich aus dem Lageplan (gelb markierter Bereich), der Bestandteil der Widmung ist.

Der Plan über den Verlauf der oben genannten Wegefläche liegt für die Dauer eines Monats während der Dienststunden im Geschäftszimmer des Fachamtes Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Wandsbek, Am Alten Posthaus 2, Zimmer 215, 22041 Hamburg, zur Einsichtnahme für jedermann öffentlich aus. Während dieser Zeit können alle, deren Interessen durch die beabsichtigte Maßnahme berührt werden, Einwendungen schriftlich oder

zu Protokoll des Fachamtes Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Wandsbek vorbringen.

Nach Fristablauf erhobene Einwendungen werden nicht mehr berücksichtigt.

Hamburg, den 30. Oktober 2014

Das Bezirksamt Wandsbek

Amtl. Anz. S. 2120

Beabsichtigte Entwidmung von Teilflächen der Straße „Bubendeyweg“

Es ist beabsichtigt, nach § 7 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41) mit Änderungen die im Bezirk Hamburg-Mitte, Stadtteil Waltersdorf gelegenen, im Lageplan markierten etwa 4789 m² großen Teilflächen der Straße „Bubendeyweg“ als für den öffentlichen Verkehr entbehrlich zu entwidmen.

Der Plan über den Umfang der zu entwidmenden Flächen liegt für die Dauer eines Monats während der Dienststunden bei Hamburg Port Authority, Anlagenmanagement Straße, HPA L221-8, Neuer Wandrahm 4, Zimmer 1.4.24, 20457 Hamburg, zur Einsichtnahme für jedermann aus. Während dieser Zeit können alle, deren Interessen durch die beabsichtigte Entwidmung berührt werden, Einwendungen schriftlich oder mündlich zu Protokoll vorbringen.

Nach Fristablauf erhobene Einwendungen werden nicht berücksichtigt.

Hamburg, den 27. Oktober 2014

Hamburg Port Authority

Amtl. Anz. S. 2120

Grabenschau 2014 auf der Insel Neuwerk

Die Schau der Gewässer zweiter Ordnung nach § 66 des Hamburgischen Wassergesetzes in der Fassung vom 29. März 2005 (HmbGVBl. S. 97), geändert am 1. September 2005 (HmbGVBl. S. 377, 380), findet am 25. November 2014, 13.30 Uhr, statt. Treffpunkt: Baubüro Neuwerk.

Den nach § 39 Absatz 1 des Hamburgischen Wassergesetzes Unterhaltungspflichtigen obliegt es, ständig einen ordnungsgemäßen Zustand für den Wasserabfluss zu erhalten.

Das Gewässerbett und die Ufer sind zu sichern und instand zu halten.

Die Anlieger und Hinterlieger haben nach vorheriger Ankündigung das Einebnen des Aushubs auf ihren Grundstücken zu dulden, soweit dadurch die bisherige Nutzung nur vorübergehend beeinträchtigt wird.

Die Eigentümer der Gewässer und die Anlieger haben entlang der Gewässer Wege für die Schau freizuhalten, in Einfriedungen sind Durchgänge oder Übergänge zu schaffen.

Die Unterhaltungspflichtigen, die Eigentümer der Gewässer, die Anlieger und die Inhaber von Rechten und Befugnissen können an der Schau teilnehmen und sich äußern.

Verstöße gegen diese Anordnung können nach § 102 des Hamburgischen Wassergesetzes als Ordnungswidrigkeiten mit Geldbußen geahndet werden.

Wer Mängel beseitigen muss, hat nach § 67 des Hamburgischen Wassergesetzes die Kosten der Nachschau zu tragen.

Cuxhaven, den 28. Oktober 2014

Hamburg Port Authority

Amtl. Anz. S. 2120

Öffentliche Bekanntmachung über die Gebührenordnung der Hamburgischen Kammer der Psychologischen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen und -psychotherapeuten

Gemäß § 26 Absatz 2 Hamburgisches Kammergesetz für die Heilberufe (HmbKGGH) vom 14. Dezember 2005 (HmbGVBl. S. 495), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 19. Juni 2012 (HmbGVBl. S. 254, 260), wird hiermit bekannt gemacht, dass die Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz mit Datum vom 21. Juli 2014 die von der Dele-

giertenversammlung der Psychotherapeutenkammer Hamburg am 14. Mai 2014 beschlossene Änderung der Gebührenordnung gemäß § 6 Absatz 6 i.V.m. § 57 Satz 1 HmbKGGH genehmigt hat. Die neue Gebührenordnung tritt am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf die Verkündung im „Psychotherapeutenjournal“ folgt. Das Psychotherapeutenjournal kann beim medhochzwei Verlag GmbH, Alte Eppelheimer Straße 42/1, 69115 Heidelberg, bezogen bzw. in der Geschäftsstelle der Kammer, Hallerstraße 61, 20146 Hamburg, während der Öffnungszeiten (montags bis donnerstags von 9.00 Uhr bis 16.00 Uhr, freitags von 9.00 Uhr bis 14.00 Uhr) eingesehen werden.

Hamburg, den 29. Oktober 2014

Psychotherapeutenkammer Hamburg

Amtl. Anz. S. 2121

ANZEIGENTEIL

Behördliche Mitteilungen

Auftragsbekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**
 Offizielle Bezeichnung:
 Freie und Hansestadt Hamburg,
 FB SBH | Schulbau Hamburg
 Postanschrift:
 Freie und Hansestadt Hamburg,
 FB SBH | Schulbau Hamburg,
 U 40 Einkauf/Vergabe,
 An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
 Deutschland
 Kontaktstelle(n):
 Zu Händen von: Frau Anna Schubert
 Telefon: +49/040/4 28 23 - 62 86
 Telefax: +49/040/4 27 31 - 01 43
 E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
 Internet-Adresse(n):
 Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers/des
 Auftraggebers: <http://www.hamburg.de/schulbau/>
 Weitere Auskünfte erteilen:
 die oben genannten Kontaktstellen
 Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen
 (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:
 die oben genannten Kontaktstellen
 Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:
 die oben genannten Kontaktstellen
- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**
 Regional- oder Lokalbehörde
- I.3) **Haupttätigkeit(en)**
 Allgemeine öffentliche Verwaltung

I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**

Der öffentliche Auftraggeber/Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber/Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:
 Zubau Grundschule und Neubau Dreifeldhalle Alsterredder 26 und 28, Hamburg – Abbruch und Landschaftsbauarbeiten.
- II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:
 Bauauftrag
 Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung:
 Alsterredder 26 und 28, 22395 Hamburg.
 NUTS-Code: DE600
- II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):
 Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.
- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –
- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:
 Zubau Grundschule und Neubau Dreifeldhalle Alsterredder 26 und 28, Hamburg
 Hier:
 – Los 1: Abbruch von Gebäuden sowie allgemeine Abbruch- und Erdbewegungsarbeiten
 – Los 2: Landschaftsbauarbeiten

- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)
Hauptgegenstand: 45214210
- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja
- II.1.8) Lose:
Aufteilung des Auftrags in Lose: Ja
Angebote sind möglich für alle Lose.
- II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:
Gemäß Schwellenwertberechnung wird der Gesamtauftragwert über alle Lose auf ca. 503.500,- Euro inklusive Nebenkosten und ohne Umsatzsteuer geschätzt.
Geschätzter Wert ohne MwSt: 503.500,- Euro.
- II.2.2) Angaben zu Optionen: Nein
- II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:
Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein
- II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**
Laufzeit: 13 Monate ab Auftragsvergabe.

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1) Geforderte Kauttionen und Sicherheiten: –
- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –
- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:
Bietergemeinschaften sind unter folgenden Bedingungen zugelassen: Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und ein Mitglied als Projektleiter und Ansprechpartner dem Auftraggeber gegenüber benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.
- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:
Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Nein
- III.2) **Teilnahmebedingungen**
- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
– Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, oder Nachweis über den Eintrag im Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (nicht älter als 6 Monate).

- III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
– Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, oder:
– Nachweis über die geleisteten Sozialabgaben (gültig und nicht älter als 12 Monate).
– Bescheinigung in Steuersachen (gültig und nicht älter als 12 Monate).
– Umsätze aus den letzten drei Jahren (2011, 2012, 2013).

- III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
– Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, oder mindestens 3 Referenzen zu vergleichbaren Leistungen nicht älter als 5 Jahre.

- III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge

- III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand: –
- III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal: –

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) Verfahrensart

- IV.1.1) Verfahrensart: Offen
- IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –
- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –

IV.2) Zuschlagskriterien

- IV.2.1) Zuschlagskriterien: Niedrigster Preis
- IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion
Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein

IV.3) Verwaltungsangaben

- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:
SBH VOB EU 28/14 AS
- IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: Nein
- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:
Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 8. Dezember 2014, 12.00 Uhr.
Kostenpflichtige Unterlagen: Ja
Preis: 10,- Euro

Zahlungsbedingungen und -weise:

Banküberweisung; Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen. Barzahlung ist nicht möglich.

Empfänger: Landesbetrieb Schulbau Hamburg
IBAN: DE 2500000000020101529
BIC: MARKDEF1200
Geldinstitut: Deutsche Bundesbank Hamburg
Verwendungszweck: 7005851,
SBH VOB EU 28/14 AS

Bitte geben Sie bei der Abforderung zwingend das LOS oder die LOSE an, für welche Sie die Unterlagen wünschen. Bitte beachten Sie, dass der Betrag von 10,- Euro **pro LOS** fällig wird. Bei Abforderung der Unterlagen zu mehreren Losen summiert sich der Betrag entsprechend auf.

Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig ein Anforderungsschreiben an die Kontaktstelle, per Telefax oder an die E-Mail Adresse mit der entsprechenden Kopie des Zahlungsbelegs senden. Bitte nur **eine** der Varianten wählen.

- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:
9. Dezember 2014, 10.10 Uhr
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:
Folgende Amtssprache(n) der EU: DE
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots:
60 Tage ab dem Schlusstermin für den Eingang der Angebote.
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:
Tag: 9. Dezember 2014, 10.10 Uhr
Ort: An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg, Zimmer 004
Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Ja, Bieter und/oder ihre Bevollmächtigten.

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein
- VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**
Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:**
Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

**VI.4) Rechtsbehelfsverfahren/
Nachprüfungsverfahren****VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/
Nachprüfungsverfahren****Offizielle Bezeichnung:**

Vergabekammer bei der Behörde für
Stadtentwicklung und Umwelt Hamburg
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Deutschland
Telefax: +49/40/4 28 40 - 20 39

**VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt
VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)****Genaue Angaben zu den Fristen für die Ein-
legung von Rechtsbehelfen:**

Gemäß § 107 Absatz 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.

Des Weiteren ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

**VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von
Rechtsbehelfen erteilt:****Offizielle Bezeichnung:**

SBH | Schulbau Hamburg, Rechtsabteilung (U 1)
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland
Telefax: +49/40/4 27 31 - 01 43
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

**VI.5) Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:
24. Oktober 2014****ANHANG B****ANGABE ZU DEN LOSEN**

Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber: Zubau Grundschule und Neubau Dreifeldhalle Alsterredder 26 und 28, Hamburg – Abbruch und Landschaftsbauarbeiten.

Los-Nr. 1**Bezeichnung:** Abbrucharbeiten

- 1) **Kurze Beschreibung:** Abbrucharbeiten
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 45110000
- 3) **Menge oder Umfang:**
Leistungsumfang: Abbruch einer Pausenhalle (BRI ca. 800,00 m³) inkl. Schadstoffsanierung und Herstellen der Baugrube für den Neubau. Abbruch einer Einfeldsporthalle, einer sogenannten „Kamü-Halle“ (BRI ca. 4000,00 m³) inkl. Schadstoffsanierung.
Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 140.000,- Euro

4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:**

Laufzeit: 2 Monate ab Auftragsvergabe

5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**

Vorraussichtlicher Ausführungszeitraum Februar 2015 bis März 2015. Die Öffnung der Angebote findet statt am 9. Dezember 2014 um 10.10 Uhr in Raum 004.

Los-Nr. 2

Bezeichnung: Landschaftsbauarbeiten

1) **Kurze Beschreibung:** Landschaftsbauarbeiten

2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**

Hauptgegenstand: 45112700

3) **Menge oder Umfang:**

Leistungsumfang:

Außenanlage BT1: ca. 475 m³ Oberboden- und Bodenarbeiten; 940 m² Pflaster- und Plattenbelag herstellen; 420 m² wassergebundene Wegedecke herstellen; 9 großformatige Abtrittroste einbauen; ca. 17 m² großes erhöhtes Holzdeck herstellen; 9 Hochstämme pflanzen; 395 m² Pflanzung herstellen; 780 m² Rasen herstellen; vorhandene Spielgeräte und weitere Einbauten ausbauen, transportieren und wieder einbauen; Trockenmauer aus Betonplatten herstellen; 250 m² prov. Baustraße aus Schotter herstellen.

Außenanlage BT2: 635 m³ Oberboden- und Bodenarbeiten; 1450 m² Pflasterbelag herstellen; 67 m Stahlbandeinfassung einbauen; 3 großformatige Abtrittroste einbauen; 6 m Winkelstützmauer herstellen; 85 St. Fahrradbügel einbauen; 4 Hochstämme pflanzen; 145 m² Pflanzung herstellen; 1360 m² Rasen herstellen; verschiedene Einbauten ausbauen, transportieren und wieder einbauen; 550 m² prov. Baustraße aus Schotter herstellen.

Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 363.500,- Euro

4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:**

Laufzeit: 14 Monate ab Auftragsvergabe

5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**

Vorraussichtlicher Ausführungszeitraum Februar 2015 bis März 2015. Die Öffnung der Angebote findet statt am 9. Dezember 2014 um 10.40 Uhr in Raum 004.

Hamburg, den 24. Oktober 2014

Die Finanzbehörde

840

Auftragsbekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**

Offizielle Bezeichnung:

Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg

Postanschrift:

Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg,
U 40 Einkauf/Vergabe,

An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland

Kontaktstelle(n):

Zu Händen von: Frau Anna Schubert

Telefon: +49/040/4 28 23 - 62 86

Telefax: +49/040/4 27 31 - 01 43

E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers/des Auftraggebers: <http://www.hamburg.de/schulbau/>

Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

die oben genannten Kontaktstellen

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:

die oben genannten Kontaktstellen

I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Regional- oder Lokalbehörde

I.3) **Haupttätigkeit(en)**

Allgemeine öffentliche Verwaltung

I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**

Der öffentliche Auftraggeber/Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber/Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) **Beschreibung**

II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:**

Zubau Grundschule und Neubau Dreifeldhalle Alsterredder 26 und 28, Hamburg.

II.1.2) **Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:**

Bauftrag

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung:

Alsterredder 26 und 28, 22395 Hamburg.

NUTS-Code: DE600

II.1.3) **Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):**

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.

II.1.4) **Angaben zur Rahmenvereinbarung: –**

II.1.5) **Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:**

Zubau Grundschule und Neubau Dreifeldhalle Alsterredder 26 und 28 in Hamburg in dem Zeitraum von Februar 2015 bis März 2016.

Hier:

– Los 1: Estricharbeiten

– Los 2: Metallbauarbeiten

- Los 3: Fensterarbeiten
- Los 4: Baustelleneinrichtung
- Los 5: Rohbauarbeiten
- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)
Hauptgegenstand: 45214210
- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja
- II.1.8) Lose:
Aufteilung des Auftrags in Lose: Ja
Angebote sind möglich für alle Lose.
- II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:
Gemäß Schwellenwertberechnung wird der Gesamtauftragwert über alle Lose auf ca. 1.934.500,- Euro inklusive Nebenkosten und ohne Umsatzsteuer geschätzt.
Geschätzter Wert ohne MwSt: 1.934.500,- Euro.
- II.2.2) Angaben zu Optionen: Nein
- II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:
Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein
- II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**
Laufzeit: 13 Monate ab Auftragsvergabe.

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1) Geforderte Kationen und Sicherheiten: –
- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –
- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:
Bietergemeinschaften sind unter folgenden Bedingungen zugelassen: Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und ein Mitglied als Projektleiter und Ansprechpartner dem Auftraggeber gegenüber benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.
- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:
Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Nein
- III.2) **Teilnahmebedingungen**
- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
– Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, oder Nachweis über den Eintrag im Han-

- delsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (nicht älter als 6 Monate).
- III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
– Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, oder
– Nachweis über die geleisteten Sozialabgaben (gültig und nicht älter als 12 Monate).
– Bescheinigung in Steuersachen (gültig und nicht älter als 12 Monate).
– Umsätze aus den letzten drei Jahren (2011, 2012, 2013).

- III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
– Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, oder mindestens 3 Referenzen zu vergleichbaren Leistungen nicht älter als 5 Jahre.

- III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge

- III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand: –
- III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal: –

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) Verfahrensart

- IV.1.1) Verfahrensart: Offen
- IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –
- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –

IV.2) Zuschlagskriterien

- IV.2.1) Zuschlagskriterien: Niedrigster Preis
- IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion
Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein

IV.3) Verwaltungsangaben

- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber: SBH VOB EU 27/14 AS
- IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: Nein
- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:
Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 11. Dezember 2014, 12.00 Uhr.
Kostenpflichtige Unterlagen: Ja

Preis: 10,- Euro

Zahlungsbedingungen und -weise:

Banküberweisung; Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen. Barzahlung ist nicht möglich.

Empfänger: Landesbetrieb Schulbau Hamburg

IBAN: DE 2500000000020101529

BIC: MARKDEF1200

Geldinstitut: Deutsche Bundesbank Hamburg

Verwendungszweck: 7005851,

SBH VOB EU 27/14 AS

Bitte geben Sie bei der Abforderung zwingend das LOS oder die LOSE an, für welche Sie die Unterlagen wünschen. Bitte beachten Sie, dass der Betrag von 10,- Euro **pro LOS** fällig wird. Bei Abforderung der Unterlagen zu mehreren Losen summiert sich der Betrag entsprechend auf.

Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig ein Anforderungsschreiben an die Kontaktstelle, per Telefax oder an die E-Mail Adresse mit der entsprechenden Kopie des Zahlungsbelegs senden. Bitte nur **eine** der Varianten wählen.

IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:

12. Dezember 2014, 10.10 Uhr

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:

Folgende Amtssprache(n) der EU: DE

IV.3.7) Bindefrist des Angebots:

60 Tage ab dem Schlusstermin für den Eingang der Angebote.

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:

Tag: 12. Dezember 2014, 10.10 Uhr

Ort: An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg, Zimmer 004

Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Ja, Bieter und/oder ihre Bevollmächtigten.

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein

VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**

Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein

VI.3) **Zusätzliche Angaben:**

Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/
Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/
Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung:

Vergabekammer bei der Behörde für
Stadtentwicklung und Umwelt Hamburg

Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Deutschland

Telefax: +49/40/4 28 40 - 20 39

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt
VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Gemäß § 107 Absatz 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.

Des Weiteren ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von
Rechtsbehelfen erteilt:

Offizielle Bezeichnung:

SBH | Schulbau Hamburg,
Rechtsabteilung (U 1)

An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland

Telefax: +49/40/4 27 31 - 01 43

E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
29. Oktober 2014

ANHANG B

ANGABE ZU DEN LOSEN

Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber: Zubau Grundschule und Neubau Dreifeldhalle Alsterredder 26 und 28, Hamburg.

Los-Nr. 1

Bezeichnung: Estricharbeiten

1) **Kurze Beschreibung:** Estricharbeiten

2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**

Hauptgegenstand: 45262321

3) **Menge oder Umfang:**

1855 m² Estrich inkl. Dämmung

Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 77.000,- Euro

4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:**

Laufzeit: 30 Tage ab Auftragsvergabe

- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**
Vorraussichtlicher Ausführungszeitraum November 2015. Die Öffnung der Angebote findet statt am 12. Dezember 2014 um 10.10 Uhr in Raum 004.

Los-Nr. 2**Bezeichnung:** Metallbauarbeiten

- 1) **Kurze Beschreibung:** Metallbauarbeiten
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 45262670
- 3) **Menge oder Umfang:**
– 170 m² PR-Fassade
– 31 Stück Elementtüren
Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 347.000,- Euro
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:**
Laufzeit: 2 Monate ab Auftragsvergabe
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**
Vorraussichtlicher Ausführungszeitraum Juli bis August 2015. Die Öffnung der Angebote findet statt am 12. Dezember 2014 um 10.40 Uhr in Raum 004.

Los-Nr. 3**Bezeichnung:** Fensterarbeiten

- 1) **Kurze Beschreibung:** Tischlerarbeiten Fenster
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 45421000
- 3) **Menge oder Umfang:**
140 m² Holz-Alu-Fenster
Veranschlagte Kosten ohne MwSt: –
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:**
Laufzeit: 2 Monate ab Auftragsvergabe
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**
Vorraussichtlicher Ausführungszeitraum August bis September 2015. Die Öffnung der Angebote findet statt am 12. Dezember 2014 um 11.10 Uhr in Raum 004.

Los-Nr. 4**Bezeichnung:** Baustelleneinrichtung

- 1) **Kurze Beschreibung:** Baustelleneinrichtung
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 45113000
- 3) **Menge oder Umfang:**
– Container
– Bauwasser
– Baustrom
Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 36.000,- Euro
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:**
Laufzeit: 30 Tage ab Auftragsvergabe
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**
Vorraussichtlicher Ausführungszeitraum März 2015. Die Öffnung der Angebote findet statt am 12. Dezember 2014 um 11.40 Uhr in Raum 004.

Los-Nr. 5**Bezeichnung:** Rohbauarbeiten

- 1) **Kurze Beschreibung:** Beton-, Mauerarbeiten, Fertigteile Rohbau
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 45262000
- 3) **Menge oder Umfang:**
– 204 m³ Fundamente
– 2531 m² Stb.-Sohle
– 671,5 m² Stb.-Wände
– 1636,5 m² Stb.-Decke
– Stb.-Stützen 60 m
– Stb.-Treppe 1 Stk
– Stb.-Fertigteile 28 Stützen
– 19 Wände
– 9 Unterzüge
– 2 Treppen
– MW-Wände 1085 m²
– Verblend-MW 657 m²
– Porenbeton-Wandplatten 1020 m²
Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 1.401.000,- Euro
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:**
Laufzeit: 6 Monate ab Auftragsvergabe
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**
Vorraussichtlicher Ausführungszeitraum März bis August 2015. Die Öffnung der Angebote findet statt am 12. Dezember 2014 um 12.10 Uhr in Raum 004.

Hamburg, den 29. Oktober 2014

Die Finanzbehörde

841

Auftragsbekanntmachung**ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER****II.1) Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**

Offizielle Bezeichnung:

Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg

Postanschrift:

Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg,
U 40, Einkauf/Vergabe,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland

Kontaktstelle(n):

Zu Händen von: Frau Kirsten Spann

Telefon: +49/040/4 28 23 - 62 68

Telefax: +49/040/4 27 31 - 01 43

E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers/
des Auftraggebers:<http://www.hamburg.de/schulbau/>

Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

die oben genannten Kontaktstellen

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:

die oben genannten Kontaktstellen

I.2) Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Lokalbehörde

I.3) Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

I.4) Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber

Der öffentliche Auftraggeber/Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber/Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) Beschreibung

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:

Neubau für die Stadtteilschule Lurup am Standort Luruper Hauptstraße – Tragwerksplanung gem. § 51 HOAI.

II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:

Dienstleistungen

Dienstleistungskategorie Nr: 12

Architektur, technische Beratung und Planung, integrierte technische Leistungen, Stadt- und Landschaftsplanung, zugehörige wissenschaftliche und technische Beratung, technische Versuche und Analysen.

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: Hamburg

NUTS-Code: DE600

II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –

II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Die Freie und Hansestadt Hamburg hat zum 1. Januar 2013 gemäß § 26 (1) Landeshaushaltsordnung den Landesbetrieb SBH | Schulbau Hamburg (nachstehend SBH genannt) gegründet. Dieser Landesbetrieb hat die Aufgabe, die Schulimmobilien unter Berücksichtigung der schulischen Belange nach wirtschaftlichen Grundsätzen zu planen, zu bauen, zu unterhalten und zu bewirtschaften und die mehr als 400 Schulen an die Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) zu vermieten. Die Schulimmobilien umfassen sämtliche für schulische Zwecke genutzten Grundstücke und Gebäude der staatlichen und beruflichen Schulen. Die Grundstücksfläche beträgt etwa 9,1 Mio. m² und die Hauptnutzungsfläche etwa 3,1 Mio. m².

In dieser Tätigkeit wurde Schulbau Hamburg mit der Durchführung eines hochbaulichen Realisierungswettbewerbs für den Neubau eines Unterrichts- und Ganztagsgebäudes für die Sekundarstufe 1 der Stadtteilschule Lurup mit vier Sporthallenflächen am Standort Luruper Hauptstraße in Hamburg beauftragt.

Im Rahmen eines städtebaulichen Ideenteils sollten entstehende Restflächen auf dem Wettbewerbsgrundstück mit arrondierendem Wohnungsneubau ergänzt werden. An der Stadtteilschule Lurup werden derzeit etwa 900 Kinder und Jugendliche aus 35 unterschiedlichen Ländern und Nationen in den Jahrgangsstufen 5 bis 13 von 120 Lehrern, Sozial- und Sonderpädagogen sowie weiteren ca. 70 Mitarbeitern im Ganztagsbereich unterrichtet und betreut.

Geplant ist der Ausbau zu einer durchgängig 6-zügigen Schule, verbunden mit einem weiteren Anstieg der Schülerzahlen. Der Unterricht erfolgt bis Klasse 10 in Klassenverbänden und in der Oberstufe nach einem Jahr Vorstufe (Klasse 11) in jahrgangsübergreifenden Profilen mit unterschiedlichen Schwerpunkten. Die Schüler können an der Schule den 1. oder 2. Bildungsabschluss nach Klasse 9 bzw. 10 oder das Abitur am Ende von Klasse 13 erlangen.

Die Stadtteilschule Lurup ist eine Ganztagschule mit verpflichtendem Unterricht an vier Nachmittagen in der Woche und versteht sich als Lern- und Lebensraum. In den Neubau soll ein „Community-Center“ (Stadtteilzentrum) integriert werden, welches sich zum Stadtteil öffnet, Schwellenängste abbaut und Kooperationen fördert.

Die Stadtteilschule Lurup erstreckt sich derzeit über drei Schulstandorte: den Standort Vorhornweg (Klassenstufen 5 und 6), den Standort Veermoor (Klassenstufen 7-9) und den Standort Luruper Hauptstraße (Klasse 10 und Oberstufe). Der Neubau sollte – in Nachbarschaft der bestehenden Schulgebäude an der Luruper Hauptstraße – auf dem derzeitigen Stadiongelände des SV Lurup erstellt werden. Er sollte den Erweiterungsbedarf abdecken und dauerhaft die sechszügige Sekundarstufe 1 der Stadtteilschule Lurup aufnehmen. Die jetzigen Schulstandorte Veermoor und Vorhornweg sollten im Gegenzug aufgegeben werden.

Der Neubau sollte allgemeine Unterrichtsräume, Fachräume, Räume für Lehrer und Verwaltung, Wirtschaftsflächen, Gemeinschaftsflächen und Flächen für den Ganztagsbedarf aufnehmen. Des Weiteren sollten vier Sporthallenflächen mit insgesamt 2.635 m² NGF erstellt werden. Drei der vier Sporthallenflächen sollten durch die Sekundarstufe 1, eine Fläche sollte durch die Sekundarstufe 2 genutzt werden. Darüber hinaus sollte der Raumbedarf des „Community-Centers“ von 348 m² NGF in dem Neubau abgebildet werden. Insgesamt war mit dem Neubau eine Fläche von 12.790 m² NGF (inkl. Sporthallenflächen und „Community-Center“) nach DIN 277 zu realisieren.

Im Einzelnen wurden von den Teilnehmern mit den Lösungsvorschlägen Aussagen zur architektonischen Qualität des Neubaus, zum Konzept

für die baukonstruktive Umsetzung unter Berücksichtigung des vorgegebenen Raumprogramms und des pädagogischen Konzepts sowie zum Konzept für die Grundrissorganisation und die Nutzungsverteilung erwartet. Des Weiteren sollten Aussagen zur Zonierung der neu entstehenden Freiflächen getroffen werden. Generell wurden Lösungsvorschläge erwartet, die ein möglichst optimales Verhältnis aus langlebigen Baukonstruktionen, hoher Energieeffizienz, niedrigen Betriebskosten und wirtschaftlicher Erstellung vorweisen.

Die Durchführung des Bauvorhabens ist als eine Gesamtmaßnahme und unter Aufrechterhaltung des bestehenden Schulbetriebs vorgesehen. Die Zugänglichkeit zu bestehenden Schulbauten und Sporthallen muss während der Bauzeit gewährleistet werden. Der Neubau muss bis zum 1. Dezember 2017 fertiggestellt und an die Nutzer übergeben sein. Das vorläufige Gesamtinvestitionsvolumen für die Maßnahme beträgt ca. 30 Mio. Euro brutto gem. DIN 276 Kostengruppen 200-700. Für die entstehenden Restflächen des Wettbewerbsgebiets sollte eine städtebaulich verträgliche Lösung zur Ergänzung der Flächen mit Wohnungsneubau aufgezeigt werden. Der Wohnungsneubau soll sich nach § 34 BauGB in das umgebende bauliche Umfeld einfügen und eine verträgliche Nachverdichtung ermöglichen. Die umgebende städtebauliche Struktur soll durch die arrondierenden Wohnungsneubauten ergänzt und komplettiert werden.

Die zu vergebenden Leistungen bestehen aus:

Tragwerksplanung gem. § 51 HOAI:

- Leistungsphase 2 gem. § 51 HOAI, Tragwerksplanung;
- Leistungsphasen 3 bis 6 gem. § 51 HOAI, Tragwerksplanung, als optionale Beauftragung durch Bestimmung der AG (ggf. in noch von der Auftraggeberin festzulegenden Stufen).
- Besondere Leistungen in allen Leistungsphasen, als optionale Beauftragung durch Bestimmung der AG (ggf. in noch von der Auftraggeberin festzulegenden Stufen).

Die Schulleitung und der ausgewählte Objektplaner nehmen in beratender Funktion an den Angebotsverhandlungen teil. Ggf. werden weitere Vertreter aus behördlichem Kontext in beratender Funktion teilnehmen (Bezirk). Die Vergabestelle lässt sich in der operativen Umsetzung dieses VOF-Verfahrens durch das Büro D&K drostconsult GmbH, Hamburg, unterstützen und beratend begleiten.

- II.1.6) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 71240000
- II.1.7) **Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja**
- II.1.8) **Lose: Nein**
- II.1.9) **Varianten/Alternativangebote sind zulässig: –**
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) **Gesamtmenge bzw. -umfang:**
Gemäß Schwellenwertberechnung wird das Honorarvolumen auf ca. 420.000,- Euro inklusi-

sive Nebenkosten und ohne Umsatzsteuer geschätzt.

Geschätzter Wert ohne MwSt: 420.000,- Euro

- II.2.2) **Angaben zu Optionen: Ja**
 - Leistungsphasen 3 bis 6 gem. § 51 HOAI, Tragwerksplanung, als optionale Beauftragung durch Bestimmung der AG (ggf. in noch von der Auftraggeberin festzulegenden Stufen).
 - Besondere Leistungen in allen Leistungsphasen, als optionale Beauftragung durch Bestimmung der AG (ggf. in noch von der Auftraggeberin festzulegenden Stufen).
- II.2.3) **Angaben zur Vertragsverlängerung:**
Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein
- II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**
Laufzeit: 36 Monate ab Auftragsvergabe

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1) **Geforderte Kautionen und Sicherheiten:**
Deckungssummen der Berufshaftpflicht:
Deckungssummen für Personenschäden von mindestens 1.500.000,- Euro (pro Schadensfall) und für sonstige Schäden von 500.000,- Euro (pro Schadensfall) bei einem in der EU zugelassenen Haftpflichtversicherer oder Kreditinstitut. Versicherungsnachweise bei Bietergemeinschaften müssen von jedem Mitglied einzeln und die Deckungssummen in voller Höhe nachgewiesen werden. Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt, d.h. die Versicherung muss bestätigen, dass für den Fall, dass bei der Bewerberin bzw. dem Bewerber mehrere Versicherungsfälle in einem Jahr eintreten (z.B. aus anderen Verträgen mit anderen Auftraggebern), die Obergrenze für die Zahlungsverpflichtung der Versicherung bei mindestens dem Zweifachen der oben stehenden Versicherungssummen liegt. Die Auftraggeberin erklärt die Höhe der oben geforderten Mindestdeckungssummen zum Gegenstand der Verhandlungen im weiteren Verfahren. Die Deckungssummen sollen wie folgt angehoben werden: Für Personenschäden auf 3.000.000,- Euro (pro Schadensfall) und für sonstige Schäden auf mindestens 1.000.000,- Euro (pro Schadensfall). In diesem Zusammenhang erklärt die Bewerberin bzw. der Bewerber insofern ihre bzw. seine Bereitschaft zur Erhöhung der oben geforderten Mindestdeckungssummen im Auftragsfall.
- III.1.2) **Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –**
- III.1.3) **Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:**
Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und ein Mitglied als Projektleiter und Ansprechpartner dem Auftraggeber

ber gegenüber benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Ja

Der Auftragnehmer sowie sämtliche mit der Ausführung befassten Beschäftigten desselben werden nach Maßgabe des Gesetzes über die förmliche Verpflichtung nichtbeamteter Personen (Verpflichtungsgesetz) vom 2. März 1974, geändert durch das Gesetz vom 15. August 1974, durch die zuständige Stelle des Auftraggebers gesondert verpflichtet. Eigenerklärung zur Tariftreue und zur Zahlung eines Mindestlohnes gemäß § 3 Hamburgisches Vergabegesetz.

III.2) Teilnahmebedingungen

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Angaben der Bewerber gemäß VOF § 4 (2), (3); § 4 (6) a) bis g), (9) a) bis e); § 5 (1). Die Durchführung der Leistungen soll gem. § 2 (3) unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erfolgen. Mit dem Teilnahmeantrag sind folgende Unterlagen, Nachweise und Erklärungen abzugeben:

- Ausgefüllter Bewerberbogen, anzufordern bei der genannten Kontaktstelle
- Anlage 1A: Nachweis über die Eintragung im Berufs- bzw. Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (in Kopie)
- Anlage 1B: Erklärungen darüber, dass keiner der in § 4 Abs. 6 a) bis g) sowie § 4 Abs. 9 a) bis e) VOF genannten Ausschlussgründe auf den Bewerber zutrifft (Vordruck)
- Anlage 1C: Erklärung, ob und auf welche Art der Bewerber auf den Antrag bezogen in relevanter Weise mit anderen zusammenarbeitet (Vordruck)
- Anlage 1D: Bereitschaft zur Verpflichtung gem. Verpflichtungsgesetz (Vordruck)
- Anlage 1E: Bevollmächtigung des Vertreters bei Bietergemeinschaften (Vordruck)
- Anlage 1F: Angaben zu Auftragsteilen in einer Bietergemeinschaft (Vordruck)
- Anlage 1G: Erklärung über die Leistungsbereitstellung bei Unterauftragnehmern (Vordruck)
- Anlage 1H: Eigenerklärung zur Tariftreue und zur Zahlung eines Mindestlohnes § 3 Hamburgisches Vergabegesetz (Vordruck)
- Anlage 2A: Bescheinigung über eine abgeschlossene Berufshaftpflichtversicherung mit den unter III.1.1 genannten Deckungssummen (in Kopie) und die schriftliche Erklärung der Bereitschaft einer etwaigen Anhebung gemäß Ziffer III.1.1. Bei Bietergemeinschaften siehe Ziffer III.1.1
- Anlage 3A: Nachweis über die Berufszulassung oder Bescheinigung über die berufliche Befähigung des Bewerbers und der für die

Leistung vorgesehenen Person (Anlage: 3A-1) (in Kopie)

– Anlage 3B: Liste von Referenzprojekten.

Die aufgezählten Nachweise müssen aktuell (bis auf Kammerurkunden, Diplom-Urkunden und Referenzschreiben) nicht älter als 12 Monate und noch gültig sein. Die geforderten Unterlagen sind bei Bietergemeinschaften für alle Mitglieder vorzulegen, wobei jedes Mitglied seine Eignung für die Leistungsnachweisen muss, die es übernehmen soll; die Aufteilung ist anzugeben. Ausländische Bewerber können an der Stelle der geforderten Eignungsnachweise auch vergleichbare Nachweise vorlegen. Sie werden anerkannt, wenn diese nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates, indem das Unternehmen ansässig ist, erstellt wurden. Bestätigungen in anderen als der deutschen Sprache sind in Übersetzung vorzulegen. Das Format der Unterlagen darf DIN A3 nicht überschreiten. Die einzureichenden Unterlagen bitte deutlich sichtbar mit Ziffern und Buchstaben in der im Bewerbungsbogen vorgegebenen Reihenfolge kennzeichnen. Die Bewerbung und zugehörige Unterlagen werden nicht zurückgesandt. Die Bewerbung ist in einem als Teilnahmeantrag (mit Angabe der Vergabenummer) gekennzeichneten, verschlossenen Umschlag einzureichen. Für die geforderten Angaben sind die Vordrucke sowie der Bewerbungsbogen auszufüllen. Diese sind schriftlich oder unter der Email vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de anzufordern. Es sind nur Bewerbungen mit vollständig ausgefülltem und unterschriebenem Bewerbungsbogen sowie der beigefügten Vordrucke und den darin geforderten Angaben und Anlagen einzureichen. Der Bewerberbogen und die Vordrucke sind in den Originalen an den gekennzeichneten Stellen zu unterschreiben. Gescannte oder kopierte Unterschriften werden nicht zugelassen. Die Vergabestelle behält sich vor, weitere Angaben zu fordern.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

a) Aktueller Nachweis (nicht älter als 12 Monate und noch gültig) der Berufshaftpflichtversicherung oder eine entsprechende, umfassende Bankerklärung (mind. 1,5 Mio. Euro für Personenschäden, mind. 0,5 Mio. Euro für sonstige Schäden, jeweils 2-fach maximiert).

b) Erklärung über den Teilumsatz des Bewerbers für den Leistungsbereich gem. § 51 HOAI in den letzten drei Geschäftsjahren (je Jahr; 2011, 2012, 2013). Der durchschnittliche Jahresteilumsatz muss mindestens 400.000 Euro (netto) erreichen. Sofern in Bietergemeinschaft bzw. mit Unterbeauftragungen angeboten wird, muss die Jahresgesamtsumme aller Bieter der Gemeinschaft bzw. inkl. der Unterauftragnehmer zusammen den genannten Mindestwert erreichen. In der Erklärung sind die Umsatzzahlen jeweils pro Mitglied der Bietergemeinschaft oder Unterbeauftragung einzeln anzugeben.

Um auch Berufsanfängern die Möglichkeit der Teilnahme am Verhandlungsverfahren zu eröffnen sieht § 5 Abs. 4 VOF aus berechtigten Grün-

den (z.B. erst vor Kurzem erfolgte Unternehmensgründung) vor, dass die Leistungsfähigkeit durch andere, als geeignet erachtete Belege nachgewiesen werden kann (z.B. über die Höhe des Haftungskapitals, Bürgschaftserklärungen Dritter o.ä.).

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

a) Nachweis der beruflichen Befähigung des Bewerbers und der für die Leistung vorgesehenen Personen: Ingenieur/in für die Leistungen der Tragwerksplanung gem. § 51 HOAI.

b) Nachweis der erbrachten Leistungen: Liste der wesentlichen in den letzten max. 8 Jahren (Stichtag: 1. Januar 2008) erbrachten Leistungen unter Angabe der Projektbezeichnung; der Kosten in der Kostengruppe 300+400 (in Euro, netto); der Größe (BGF); des (öffentlichen/privaten) Auftraggebers (inkl. Nennung des Ansprechpartners mit Kontaktdaten); des Leistungszeitraums; der ausgeführten Leistungsphasen; ob es sich um einen Neubau handelt. Aus den Referenzen soll die Qualifikation des Bewerbers hinsichtlich Erfahrung mit vergleichbaren Projekten ersichtlich werden. Mit den Referenzen ist zwingend eine Erfahrung mit öffentlichen Auftraggebern nachzuweisen.

c) Angabe der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Mitarbeiter und Führungskräfte der letzten drei Jahre (je Jahr 2011, 2012, 2013). Im Bereich Tragwerksplanung gem. § 51 HOAI sind mind. 4 Ingenieure/innen im Durchschnitt der letzten drei Jahre nachzuweisen.

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: Ja

Geforderte Berufsqualifikation gemäß § 19 VOF. Als Berufsqualifikation wird der Beruf Ingenieur/in für den Leistungsbereich Tragwerksplanung gem. § 51 HOAI gefordert. Juristische Personen sind zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe verantwortliche Berufsangehörige gemäß vorangegangenen Satz benennen.

III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:

Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: Ja

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) Verfahrensart: Verhandlungsverfahren

Einige Bewerber sind bereits ausgewählt worden: Nein

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden:

Geplante Mindestzahl: 3, Höchstzahl: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Der Auftraggeber wählt anhand der erteilten Auskünfte über die Eignung der Bewerber sowie anhand der Auskünfte und Formalien, die zur Beurteilung der von diesen zu erfüllenden wirtschaftlichen und technischen Mindestanforderungen erforderlich sind, unter den Bewerbern, die nicht ausgeschlossen wurden und die die genannten Anforderungen erfüllen, diejenigen aus, die er zur Verhandlung auffordert. Die Auswahl erfolgt anhand der folgenden Auswahlkriterien (gewertet werden die Projekte aus der Referenzliste):

1. Leistungsphasen 2-5 wurden erbracht: kein Projekt = 0 Punkte; 1 Projekt = 1 Punkt; 2 Projekte = 2 Punkte, 3 oder mehr Projekte = 3 Punkte (insgesamt max. 3 Punkte).

2. Projektkosten in den KG 300 + 400 mind. 16,0 Mio. Euro (netto): kein Projekt = 0 Punkte; 1 Projekt = 1 Punkt; 2 Projekte = 2 Punkte; 3 oder mehr Projekte = 3 Punkte (insgesamt max. 3 Punkte).

3. Bei dem Projekt handelt es sich um einen Neubau: kein Projekt = 0 Punkte; 1 Projekt = 1 Punkt; 2 Projekte = 2 Punkte; 3 oder mehr Projekte = 3 Punkte (insgesamt max. 3 Punkte).

Insgesamt sind max. 9 Punkte zu erzielen. Der dabei verwendete Auswahlbogen mit den formalen Kriterien, Mindestanforderungen und Auswahlkriterien wird mit dem Bewerbungsbogen versandt. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zu Grunde gelegten Kriterien zu hoch, behält sich die Vergabestelle vor, die Teilnehmeranzahl zu erhöhen oder gem. § 10 (3) VOF unter den verbliebenen Bewerbern zu lösen.

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs:

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote: Nein

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) Zuschlagskriterien:

Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die nachstehenden Kriterien:

Kriterien	Gewichtung
1. Fachlicher Wert	20%
2. Qualität	30%
3. Kundendienst	10%
4. Ausführungszeitraum	10%
5. Preis/Honorar	30%

IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein

IV.3) Verwaltungsangaben

- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:
SBH VOF 031/2014
- IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags:
Nein
- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:
Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 28. November 2014, 14.00 Uhr
Kostenpflichtige Unterlagen: Nein
- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:
1. Dezember 2014, 14.00 Uhr
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:
Folgende Amtssprache(n) der EU: DE
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots: –
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote: –

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein
- VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**
Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:**
Anfragen von Bewerbern werden in anonymisierter Form nebst Beantwortung auf der folgenden Homepage veröffentlicht:
<http://www.hamburg.de/fb/sbh-ausschreibungen/>
Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.
Die Beauftragung erfolgt stufenweise. Weitere vorläufige Termine des dem Teilnahmewettbewerb anschließenden Verhandlungsverfahrens: Versendung der Angebotsaufforderung: 2. Kalenderwoche 2015, Einreichung der Honorarangebote: 5. Kalenderwoche 2015, Verhandlungsgespräche: 7. Kalenderwoche 2015.
- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/
Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren
Offizielle Bezeichnung:
Vergabekammer der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Postanschrift:

Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Deutschland
Telefax: +49/040/4 28 40 - 20 39

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Gemäß § 107 Absatz 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.

Des Weiteren ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt:

Offizielle Bezeichnung:

SBH | Schulbau Hamburg,
Rechtsabteilung U 1,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland

Telefax: +49/040/4 27 31 - 01 43

E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

VI.5) Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:
30. Oktober 2014

Hamburg, den 30. Oktober 2014

Die Finanzbehörde

842

Öffentliche Ausschreibung

- a) SBH | Schulbau Hamburg,
U 40 Einkauf/Vergabe,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Telefon: 040/4 28 23 - 63 28,
Telefax: 040/4 27 31 - 01 43,
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A)
- c) Entfällt
- d) Öffentliche Ausschreibung
- e) Anna-Susanna-Stieg 3, 22457 Hamburg
- f) Vergabenummer: **SBH VOB Ö 47/14 G**
Sanierung Fachklassentrakt und GBS mit Anbau der Grundschule Anna-Susanna-Stieg in Hamburg. Die NGF beträgt ca. 1130 m². Das bestehende Gebäude mit Anbau beinhaltet Fach- und Verwaltungsräume sowie WC's und Mensa. Die Arbeiten sind unabhängig vom Schulbetrieb und weiteren Schulgebäuden auszuführen. Fassadenarbeiten
– 300 m² Außenwandbekleidung aus Mehrschichtholzplatten, Lärche, inkl. Holz-Unterkonstruktion und 16 cm WD 035.

- 65 m Außenfensterbank Sockel aus Alu.
- 40 m² Außenwandbekleidung aus Faserzementtafel D 8 mm, inkl. Alu-Unterkonstruktion und 16 cm WD 035.
- 50 Stück Stunden zum Nachweis.

HINWEIS: Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

- g) Entfällt
- h) Entfällt
- i) Baubeginn: voraussichtlich Anfang April 2015
Bauende: Ende Mai 2015
- j) Nebenangebote sind nicht zugelassen.
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen, sowie Verkauf und Einsichtnahme: vom 31. Oktober 2014 bis 27. November 2014, 9.00 Uhr bis 15.00 Uhr, Anschrift siehe Buchstabe a).
- l) Höhe des Kostenbeitrages: 10,- Euro
Erstattung: Nein
Zahlungsweise: Banküberweisung, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen. Barzahlung ist nicht möglich.
Empfänger:
SBH Schulbau Hamburg,
Kontonummer: 201 015 29, BLZ: 200 000 00,
IBAN DE 252 00000000020101529,
BIC MARKDEF1200,
Geldinstitut: Deutsche Bundesbank Hamburg,
Verwendungszweck: 7005851, SBH VOB Ö 47/14 G
Bitte geben Sie bei der Abforderung zwingend das Ausschreibungsverfahren an, für welche Sie die Unterlagen wünschen.
Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift Buchstabe a), per Telefax oder an die E-Mail-Adresse senden. Bitte nur eine der Varianten wählen. Auf der Anforderung bitte die Belegenheit, das Gewerk und die Vergabenummer angeben.
- m) Entfällt
- n) Die Angebote können bis zum 28. November 2014 bis 10.00 Uhr eingereicht werden.
- o) Anschrift:
SBH | Schulbau Hamburg,
U 40 Einkauf/Vergabe,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg
- p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 28. November 2014 um 10.00 Uhr.
Anschrift: siehe Buchstabe o)
Bei der Submission zugelassene Personen: Bieter und ihre Bevollmächtigten.

- r) Siehe Vergabeunterlagen.
- s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.
- t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen.
Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer,
oder:
– Nachweis über den Eintrag im Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (nicht älter als 6 Monate).
– Nachweis über die geleisteten Sozialabgaben (gültig und nicht älter als 12 Monate).
– Bescheinigung in Steuersachen (gültig und nicht älter als 12 Monate – nicht Freistellungsbescheinigung).
– Umsätze aus den letzten drei Jahren (2011, 2012, 2013).
– mindestens 3 Referenzen zu vergleichbaren Leistungen nicht älter als fünf Jahre.
Auf Verlangen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmen beizubringen.
- v) Die Zuschlagsfrist endet am 30. Dezember 2014.
- w) Beschwerdestelle:
FB SBH | Schulbau Hamburg,
Frau Gertrud Theobald, Geschäftsführerin
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Telefax: 040/4 27 31 - 01 37

Hamburg, den 31. Oktober 2014

Die Finanzbehörde

843

Öffentliche Ausschreibung der Verwaltung der Freien und Hansestadt Hamburg

Die Freie und Hansestadt Hamburg, Zentrale Vergabestelle der Behörde für Inneres und Sport (ZVST BIS), organisatorisch angebunden bei der Polizei Hamburg, beabsichtigt die **Beschaffung von Unterstützung und Effektivierung des Benutzerservice NWR durch IT-Unterstützung mit einem marktgängigen, in einem externen Rechenzentrum betriebenen Ticketsystem.**

Ablauf der Angebotsfrist: 27. November 2014, 12.00 Uhr.

Letzter Tag der Abforderung von Verdingungsunterlagen: 27. November 2014.

Weitere Informationen zu dieser Ausschreibung einschließlich Hinweisen zum Bezug der Ausschreibungsunterlagen sind auf der Internetseite www.hamburg.de (Suchbegriff: „polizei ausschreibungen“) hinterlegt.

Hamburg, den 3. November 2014

**Die Behörde für Inneres und Sport
– Polizei –**

844

Gerichtliche Mitteilungen

Konkursverfahren

65 a N 295/98. Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **DECO-LINE Peter Determann KG**, Raboisen 38/40, 20095 Hamburg, persönlich haftender Gesellschafter: Peter Determann, ist nach Abhaltung des Schlusstermins durch Beschluss vom 23. Oktober 2014 aufgehoben worden.

Hamburg, den 29. Oktober 2014

Das Amtsgericht, Abt. 65
845

Zwangsversteigerung

802 K 56/13. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Saalkamp 13 belegene, im Grundbuch von Duvenstedt Blatt 1833 eingetragene 608 m² große Grundstück (Flurstück 1231), durch das Gericht versteigert werden.

Laut Gutachten ist das Grundstück mit einer zweigeschossigen Doppelhaushälfte bebaut mit Vollkeller und nicht ausgebautem Dachgeschoss, Baujahr 1963 und einer Garage (Baujahr 1970). Die Wohnfläche beträgt etwa 91,4 m² inklusive anteilig Balkon und Terrasse. Die Kosten für eine umfangreiche Renovierung und Wärmedämmung hat der Gutachter dem äußeren Anschein nach auf etwa 60 000,- Euro geschätzt. Dem Gutachter wurde eine Innenbesichtigung nicht ermöglicht. Das Objekt wird vermutlich selbstgenutzt.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 265 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Mittwoch, den 14. Januar 2015, 10.00 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Barmbek, Spohrstraße 6, 22083 Hamburg, Erdgeschoss, Saal E.005.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 2.044, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Infos auch im Internet: www.zvg.com.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 20. Dezember 2013 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie

bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 7. November 2014

**Das Amtsgericht
Hamburg-Barmbek**
Abteilung 802

846

Zwangsversteigerung

616 K 50/12. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Eißendorfer Pferdeweg 12, 21075 Hamburg belegene, im Erbbaugrundbuch von Hamburg Blatt 16981 eingetragene Erbbaurecht am 815 m² großen Grundstück (Flurstück 3383), durch das Gericht versteigert werden.

Das Erbbaurecht ist bebaut mit einem Einfamilienhaus (Ursprungsbaujahr 1951) mit etwa 144 m² Wohnfläche. Dieses ist verteilt auf 2 Wohngeschosse (Erdgeschoss, Dachgeschoss) bzw. 1 Wohneinheit, 5 1/2 Zimmer, 1 Küche, 3 Sanitärräume sowie Neben-/Verkehrsflächen. Zusätzliche Nutzflächen sind im Vollkeller und im Spitzboden vorhanden.

Eine Grundstücks- sowie Innenbesichtigung des Gebäudes wurde in wenigen Teilbereichen ermöglicht. Das Objekt verfügt vermutlich über eine insgesamt mittlere, teilmodernisierte (ältere) Ausstattung und befindet sich Außen und Innen (soweit bekannt) in einem recht guten Instandhaltungszustand; es besteht einiger Modernisierungs-/Instandsetzungsbedarf. Gaszentralheizung, Warmwasserversorgung über Elektro-Durchlauferhitzer. Ferner ist vorhanden ein Balkon. Die Nutzung erfolgt durch Schuldner. Das Erbbaurecht ist verlängert bis zum 30. April 2040 gegen Einmalzahlung eines Erbbauzinses, so dass derzeit keine laufende Erbbauzinszahlungspflicht besteht.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 250 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Dienstag, den 2. Dezember 2014, 9.00 Uhr**, vor dem Amtsgericht

Hamburg-Harburg, Bleicherweg 1, Untergeschoss, Saal 04.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 101, montags bis freitags (außer mittwochs) von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Telefon: 040/428 71-2406. Infos auch im Internet: www.zvg.com.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 12. Oktober 2012 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 7. November 2014

**Das Amtsgericht
Hamburg-Harburg**
Abteilung 616

847

Zwangsversteigerung

717 K 46/13. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Schimmelmannstraße 50, 52, 52 a, 52 b, 54, 54 a belegene, im Grundbuch von Wandsbek Blatt 12117 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus 142/10 000 Miteigentumsanteilen an dem 6140 m² großen Flurstück 3361, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung und den Räumen, im Aufteilungsplan mit Nummer 35 bezeichnet, durch das Gericht versteigert werden.

Die 1 1/2-Zimmer-Wohnung zu einer Größe von etwa 46,4 m² befindet sich im Erdgeschoss (Hochparterre) vorn links des Gebäudeteils Schimmelmannstraße 54 a eines vermutlich im Jahr 2001 errichteten Mehrfamilienwohnhauses. Gaszentralheizung, Warmwas-

ser zentral über Heizung. Laut Gutachten besteht ein Sondernutzungsrecht an dem Tiefgaragenstellplatz Nummer 22. Vermutlich wird die Wohnung vom Eigentümer und einer Familienangehörigen zu Wohnzwecken genutzt. Eine Innenbesichtigung wurde dem Sachverständigen nicht ermöglicht.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 140 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Donnerstag, den 15. Januar 2015, 10.00 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Wandsbek, Schädlerstraße 28, I. Stock, Saal 157.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 301, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr eingesehen werden. Telefon: 040/4 28 81 - 2910/- 2911. Infos auch im Internet <http://www.zvg.com>.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 11. Februar 2014 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht,

glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Objekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 7. November 2014

**Das Amtsgericht
Hamburg-Wandsbek**
Abteilung 717

848

Ausschließungsbeschluss

422 II 2/14. Auf Antrag der Gesellschaft bürgerlichen Rechts, bestehend aus Dr. Johannes Spallek, Edgar Spallek und Ingeborg Mussehl geborene Spallek, vertreten durch Rechtsanwälte Bussau, Bastian und Metz, Bergedorfer Straße 37 a, 21502 Geesthacht, – 2049/14/j –, beschließt das Amtsgericht Hamburg-Bergedorf, Abteilung 422, durch die Rechtspflegerin S. Zeyn:

Der Grundschuldbrief (Gruppe 04 Nummer 026682) über die im Grundbuch des Amtsgerichts Hamburg-Bergedorf im Grundbuch von Bergedorf Blatt 4006 in Abteilung III unter Nummer 4 – vier – für die Bausparkasse Schwäbisch-Hall Aktiengesellschaft – Bausparkasse der Volksbanken und Raiffeisenbanken, Schwäbisch Hall, eingetragene Grundschuld über 35 000,- DM (fünfunddreißigtausend Deutsche Mark) = 17 795,22 Euro (siebzehntausendsiebenhundertfünfundneunzig 22/100 Euro) und der Grundschuldbrief (Gruppe 04 Nummer 053016) über die im Grundbuch des Amtsgerichts Hamburg-Bergedorf im Grundbuch von Bergedorf Blatt 4006 in Abteilung III unter Nummer 5 – fünf – für die Bausparkasse Schwäbisch-Hall Aktiengesellschaft – Bausparkasse der Volksbanken und Raiffeisenbanken, Schwäbisch Hall, eingetragene Grundschuld über 35 000,- DM (fünfunddreißigtausend Deutsche Mark) = 17 795,22 Euro (siebzehntausendsiebenhundertfünfundneunzig 22/100 Euro) werden für kraftlos erklärt. Der Verfahrenswert wird auf 5000,- Euro festgesetzt.

Hamburg, den 29. Oktober 2014

**Das Amtsgericht
Hamburg-Bergedorf**

Abteilung 422

849

Sonstige Mitteilungen

CONTRACT NOTICE

SECTION I: CONTRACTING AUTHORITY

- I.1) **Name, addresses and contact point(s)**
 Official name:
 Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY
 in der Helmholtz-Gemeinschaft
 Postal address:
 Sekretariat Abt. Warenwirtschaft V4,
 Notkestrasse 85, 22607 Hamburg, Germany (DE)
 Contact point(s):
 Telephone: +49 (0)40 / 89 98 - 24 80
 Telefax: +49 (0)40 / 89 98 - 40 09
 E-Mail: warenwirtschaft.v4sk@desy.de
 Internet address(es): www.desy.de
 Further information can be obtained from:
 The above mentioned contact point(s)

Specifications and additional documents (including documents for competitive dialogue and a dynamic purchasing system) can be obtained from:

The above mentioned contact point(s)

Tenders or requests to participate must be sent to:

The above mentioned contact point(s)

I.2) **Type of the contracting authority**

Publicly funded Foundation under German Civil Law

I.3) **Main activity**

Research

I.4) **Contract award on behalf of other contracting authorities**

The contracting authority is purchasing on behalf of other contracting authorities: no

SECTION II: OBJECT OF THE CONTRACT**II.1) Description**

II.1.1) Title attributed to the contract by the contracting authority:

Supply of one Interface Diffractometer with corresponding Rail System.

II.1.2) Type of contract and location of works, place of delivery or of performance:

Supplies

Purchase

Main site or location of works, place of delivery or of performance:

Notkestrasse 85, 22607 Hamburg

NUTS code: DE

II.1.3) Information about a public contract, a framework agreement or a dynamic purchasing system (DPS):

The notice involves a public contract.

II.1.4) Information on framework agreement: –

II.1.5) Short description of the contract or purchase(s):
DESY is inviting tenders for the construction of an interface diffractometer which will be operated at high X-ray energies. The diffractometer must provide an outer horizontal tilt axis perpendicular to the incident x-ray beam with sub-microradian resolution and stability. Inside of this tilt four translational and three rotational degrees of freedom are required as specified. In particular sub-micrometer resolution and repeatability of the vertical translation are required to match the narrow width of the vertically focused incident beam. Significant load capacity and clearance must be provided for bulky sample environments. The diffractometer will be operated alternately with another instrument and therefore must be mounted on rails perpendicular to the beam. The installation of the rails in the experimental hutch is part of the scope of work.

II.1.6) Common procurement vocabulary (CPV):

Main object: 38300000

II.1.7) Information about Government Procurement Agreement (GPA) :

The Contract is covered by the Government Procurement Agreement (GPA): yes

II.1.8) Lots:

This contract is divided into lots: no

II.1.9) Information about variants:

Variants will be accepted: no

II.2) Quantity or scope of the contract

II.2.1) Total quantity or scope:

In accordance with the technical specifications design, manufacture, delivery and assembly of one interface diffractometer mounted on a rail system.

II.2.2) Information about options: no

II.2.3) Information about renewals:

This contract is subject to renewal: no

II.3) **Duration of the contract or time-limit for completion: –**

SECTION III: LEGAL, ECONOMIC, FINANCIAL AND TECHNICAL INFORMATION**III.1) Conditions relating to the contract**

III.1.1) Deposits and guarantees required:

Please refer to the commercial part of the tender documents.

III.1.2) Main financing conditions and payment arrangements and/or reference to the relevant provisions governing them:

Please refer to the commercial part of the tender documents.

III.1.3) Legal form to be taken by the group of economic operators to whom the contract is to be awarded: –

III.1.4) Other particular conditions:

The performance of the contract is subject to particular conditions: no

III.2) Conditions for participation

III.2.1) Personal situation of economic operators, including requirements relating to enrolment on professional or trade registers

Information and formalities necessary for evaluating if requirements are met:

– Excerpt from the applicable Commercial Registry (Handelsregister) for the company. Tenderers who are not resident in Germany must include equivalent documentation.

– Written confirmation of the responsible financial administrations stating that all tax obligations or dues have been fulfilled orderly.

– Written confirmation of the responsible social-insurance authority stating that all obligations concerning social-insurance contributions have been fulfilled orderly.

– Self-declaration stating that no disclosure of insolvency or similar legal proceedings have been initiated or are pending against the tenderer.

– Self-declarations stating that no liquidation has been initiated or is pending against the tenderer.

– Self-declarations stating that no person acting on behalf of the tenderer has been convicted of any delict referred to under Paragraph 6 EG VOL/A.

III.2.2) Economic and financial ability:

Information and formalities necessary for evaluating if requirements are met:

– Declarations of the company's total revenues referring to the last three accounting years (each year separately).

– If applicable, declaration of turnover figures related to the specific scope of supply of this tender action, referring to the last three accounting years (each year separately).

III.2.3) Technical capacity:

Information and formalities necessary for evaluating if requirements are met:

- Presentation of references covering equivalent projects dated within the last three accounting years, including relevant contact data.
- Project plan including details regarding: quality, completeness, concept, realization, technical solution, testing and assembly.

SECTION IV: PROCEDURE**IV.1) Type of procedure**

IV.1.1) Type of procedure: Open

IV.2) Award criteria

IV.2.1) Award criteria:

The most economically advantageous tender in terms of the criteria stated in the specifications, in the invitation to tender or to negotiate or in the descriptive document.

IV.2.2) Information about electronic auction:

An electronic auction will be used: no

IV.3) Administrative Information

IV.3.1) File reference number attributed by the contracting authority:

EO 013-14-PEX

IV.3.2) Previous publication(s) concerning the same contract: no

IV.3.3) Conditions for obtaining specifications and additional documents or descriptive document:

Time limit for receipt of requests for documents or for accessing documents:

Date: 05/12/2014

Payable documents: no

IV.3.4) Time-limit for receipt of tenders or requests to participate:

Date: 06/01/2015, Time: 12.00

IV.3.5) Date of dispatch of invitations to tender or to participate to selected candidates: –

IV.3.6) Language(s) in which tenders or requests to participate may be drawn up:

Official EU language(s): DE, EN

IV.3.7) Minimum time frame during which the tenderer must maintain the tender:

until: 27/02/2015

IV.3.8) Conditions for opening tenders:

Date: 06/01/2015

Place: DESY Hamburg,
Notkestraße 85, 22607 Hamburg

Persons authorised to be present at the opening of tenders: no

SECTION VI: COMPLEMENTARY INFORMATION**VI.1) Information about recurrence:**

This is a recurrent procurement: no

VI.2) Information about European Union funds:

The contract is related to a project and/or programme financed by European Union funds: no

VI.3) Additional information: –**VI.4) Procedures for appeal**

VI.4.1) Body responsible for appeal procedures

Official name:

Vergabekammer des Bundes
beim Bundeskartellamt

Postal address:

Villemombler Strasse 76, 53123 Bonn,
Germany (DE)

VI.5) Date of dispatch of this notice:

29/10/2014

Hamburg, den 29. Oktober 2014

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY

850

**Bekanntmachung
einer Öffentlichen Ausschreibung
gemäß § 12 VOL/A**

DESY Ausschreibungsnummer: C2068-14 XFEL

a) Auftraggeber:

Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY

Haus- und Lieferanschrift:

Notkestraße 85, 22607 Hamburg

Briefpost: 22603 Hamburg

Telefon: 040/8998-2480, Telefax: 040/8998-4009

b) Vergabeverfahren:

Öffentliche Ausschreibung nach § 3 Absatz 1 VOL/A.

c) Form in der Angebote einzureichen sind:

Angebote müssen schriftlich in 2-facher Ausfertigung in einem verschlossenen Umschlag mit der Kennzeichnung:

**„Öffentliche Ausschreibung DESY C2068-14 XFEL
Angebotstermin 2. Dezember 2014“**

per Briefpost oder Boten bis spätestens zu dem unter Buchstabe i) genannten Termin beim

Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY

Haus- und Lieferanschrift:

Notkestraße 85, 22607 Hamburg

Briefpost: 22603 Hamburg

eingehen.

Elektronisch übermittelte Angebote können nicht angenommen und gewertet werden. Für Form und Inhalt der Angebote gilt § 13 VOL/A.

d) Art und Umfang der Leistung:

Herstellung und Lieferung von 6 Stück HV-Diodengleichrichter für den XFEL.

Gerät 1: URMS = 400V 3~,
PdN = 142,5 kW, UdN = 190 V

Gerät 2: URMS = 400V 3~,
PdN = 82,5 kW, UdN = 150 V

Gerät 3: URMS = 400V 3~,
PdN = 300 kW, UdN = 400 V

Gerät 4-5 URMS = 400V 3~,
PdN = 290 kW, UdN = 290 V

Gerät 6 : URMS = 400V 3~,
PdN = 300 kW, UdN = 150, 190, 290, 400 V umschaltb.

Leistungsort: Notkestraße 85, 22603 Hamburg

e) Gegebenenfalls die Anzahl, Größe und Art der einzelnen Lose: Entfällt

f) Gegebenenfalls die Zulassung von Nebenangeboten:
Entfällt

g) Etwaige Bestimmungen über die Ausführungsfrist:

Der kürzest mögliche Liefertermin ist anzugeben.

h) Bezeichnung und Anschrift der Stelle, die die Vergabeunterlagen abgibt oder bei der sie eingesehen werden können:

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY
Abteilung V4 – Warenwirtschaft
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
Telefon: 040/89 98 - 24 80, Telefax: 040/89 98 - 40 09
E-Mail: warenwirtschaft.v4sk@desy.de

i) Die Vergabeunterlagen können bis zum 21. November 2014 angefordert werden.

Ablauf der Angebotsfrist: **2. Dezember 2014**

Ablauf der Bindefrist: **30. Januar 2015**

j) Wesentliche Zahlungsbedingungen oder Angabe der Unterlagen, in denen sie enthalten sind:

Die Zahlungsbestimmungen sind den Vergabeunterlagen zu entnehmen.

k) Beurteilung der Eignung (Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit) des Bieters:

Mit dem Angebot sind folgende Nachweise und Erklärungen einzureichen:

- Aktueller Auszug aus dem Berufs- oder dem Handelsregister des Sitzes oder Wohnsitzes des Unternehmens.
- Eigenerklärung, dass kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder ein Antrag mangels Masse abgelehnt wurde.
- Eigenerklärung, dass das Unternehmen sich nicht in Liquidation befindet.
- Eigenerklärung, dass der Bieter seine Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben ordnungsgemäß erfüllt hat.
- Eigenerklärung, dass der Bieter seine Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt hat.
- Eigenerklärung, dass keine schwere Verfehlung begangen worden ist, die die Zuverlässigkeit des Bieters in Frage stellt.
- Eigenerklärung über den Gesamtumsatz des Unternehmens bezogen auf die letzten 3 Geschäftsjahre (Angabe pro Jahr).
- Referenzen über vergleichbare Leistungen der letzten 5 Jahre.

Bei präqualifizierten Unternehmen genügt für die Eignungsnachweise die Angabe der Nummer, unter der sie in der Präqualifizierungsdatenbank für den Liefer- und Dienstleistungsbereich (PQ VOL) eingetragen sind.

l) Vervielfältigungskosten: Entfällt

m) Zuschlagskriterien:

Zuschlagskriterien: 80 % Preis, 20 % Lieferzeit.

Hamburg, den 30. Oktober 2014

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY 851

**Bekanntmachung
einer Öffentlichen Ausschreibung
gemäß § 12 VOL/A**

DESY Ausschreibungsnummer: C2056-14

a) Auftraggeber:

Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY
Haus- und Lieferanschrift:
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
Briefpost: 22603 Hamburg
Telefon: 040/89 98 - 24 80, Telefax: 040/89 98 - 40 09

b) Vergabeverfahren:

Öffentliche Ausschreibung nach § 3 Absatz 1 VOL/A.

c) Form in der Angebote einzureichen sind:

Angebote müssen schriftlich in 2-facher Ausfertigung in einem verschlossenen Umschlag mit der Kennzeichnung:

**„Öffentliche Ausschreibung DESY C2056-14
Angebotstermin 23. November 2014“**

per Briefpost oder Boten bis spätestens zu dem unter Buchstabe i) genannten Termin beim

Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY

Haus- und Lieferanschrift:

Notkestraße 85, 22607 Hamburg

Briefpost: 22603 Hamburg

eingehen.

Elektronisch übermittelte Angebote können nicht angenommen und gewertet werden. Für Form und Inhalt der Angebote gilt § 13 VOL/A.

d) Art und Umfang der Leistung:

Herstellung, Vermessung und Lieferung von Solenoid-Magnet vom Typ FEL-Gun und Kompensations-Magnet vom Typ FEL-Gun.

e) Gegebenenfalls die Anzahl, Größe und Art der einzelnen Lose: Entfällt

f) Gegebenenfalls die Zulassung von Nebenangeboten:
Entfällt

g) Etwaige Bestimmungen über die Ausführungsfrist:

Maximal 6 Monate nach Auftragserteilung.

h) Bezeichnung und Anschrift der Stelle, die die Vergabeunterlagen abgibt oder bei der sie eingesehen werden können:

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY
Abteilung V4 – Warenwirtschaft
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
Telefon: 040/89 98 - 24 80, Telefax: 040/89 98 - 40 09
E-Mail: warenwirtschaft.v4sk@desy.de

i) Die Vergabeunterlagen können bis zum 10. November 2014 angefordert werden.

Ablauf der Angebotsfrist: **23. November 2014**

Ablauf der Bindefrist: **31. Dezember 2014**

j) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen

k) Wesentliche Zahlungsbedingungen oder Angabe der Unterlagen, in denen sie enthalten sind:

Die Zahlungsbestimmungen sind den Vergabeunterlagen zu entnehmen.

l) Beurteilung der Eignung (Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit) des Bieters:

Mit dem Angebot sind folgende Nachweise und Erklärungen einzureichen:

- Aktueller Auszug aus dem Berufs- oder dem Handelsregister des Sitzes oder Wohnsitzes des Unternehmens.
- Eigenerklärung, dass kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder ein Antrag mangels Masse abgelehnt wurde.
- Eigenerklärung, dass das Unternehmen sich nicht in Liquidation befindet.
- Eigenerklärung, dass der Bieter seine Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben ordnungsgemäß erfüllt hat.
- Eigenerklärung, dass der Bieter seine Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt hat.
- Eigenerklärung, dass keine schwere Verfehlung begangen worden ist, die die Zuverlässigkeit des Bieters in Frage stellt.
- Referenznachweis über Kunden, bei denen vergleichbare Leistungen in den letzten 3 Kalenderjahren erbracht wurden.
- Projektplan zum Nachweis über den detaillierten zeitlichen Ablauf.

Bei präqualifizierten Unternehmen genügt für die Eignungsnachweise die Angabe der Nummer, unter der sie in der Präqualifizierungsdatenbank für den Liefer- und Dienstleistungsbereich (PQ VOL) eingetragen sind. Alle geforderten Nachweise und Erklärungen, die dort nicht hinterlegt sind, sind mit dem Angebot einzureichen.

m) Vervielfältigungskosten: Entfällt

n) Zuschlagskriterien:

Zuschlagskriterien gemäß den Vergabeunterlagen. Der Zuschlag wird nach § 18 VOL/A auf das Angebot erteilt, das unter Berücksichtigung aller Umstände als das Wirtschaftlichste erscheint.

Hamburg, den 4. November 2014

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY 852

Öffentliche Ausschreibung

- a) HafenCity Hamburg GmbH,
Osakaallee 11, 20457 Hamburg,
Telefon: +49/(0)40/37 47 26 -0,
Telefax: +49/(0)40/37 47 26 -26
E-Mail: info@hafencity.com
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A).
- c) Entfällt
- d) Ingenieurbau Maßnahme (Stützwand)
- e) Hübenerstraße
- f) Vergabenummer: **21.08.01**
Neubau der Stützwand Hübenerstraße West.
Herstellung einer tiefgegründeten Stützwand:
Mikropfähle (ca. 800 m) und
Stahlbeton (ca. 180 m³),
Erdarbeiten (ca. 650 m³).
- g) Höhenunterschied Hübenerkai und Hübenerstraße West.
- h) Keine Losaufteilung.

i) Beginn: Januar 2015, Ende: März 2015.

j) Gemäß Vergabeunterlagen.

k) Anforderung der Vergabeunterlagen sowie Verkauf und Einsichtnahme:

Vom 6. November 2014 bis 20. November 2014.

Anschrift:

Schüßler-Plan Ingenieurgesellschaft mbH
Frankenstraße 18 C, 20097 Hamburg
Telefon: +49/(0)40/1 81 32 39 60
Telefax: +49/(0)40/1 81 32 39 70
E-Mail: hamburg@schuessler-plan.de

l) Höhe des Kostenbeitrages: 20,- Euro

Erstattung: Nein

Zahlungsweise: Banküberweisung

Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.

Empfänger: Schüßler-Plan Ingenieurgesellschaft mbH,
Kontonummer: 3 892 460, BLZ: 300 400 00,
IBAN: DE 86 3004 0000 0389 2460 00,
BIC: COBADEFFXXX
Geldinstitut: Commerzbank Düsseldorf

Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- oder Postüberweisungen bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift, siehe Buchstabe k), schicken.

m) Entfällt

n) Die Angebote können bis zum 27. November 2014, 12.00 Uhr eingereicht werden.

o) Anschrift:

HafenCity Hamburg GmbH,
Osakaallee 11, 20457 Hamburg,
mit der Aufschrift
Angebot: Neubau der Stützwand Hübenerstraße West

p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.

q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 27. November 2014 um 12.00 Uhr.

Anschrift: siehe Buchstabe o)

Bieter und ihre Bevollmächtigten.

r) Siehe Vergabeunterlagen.

s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.

t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.

u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/B zu machen. Auf Verlangen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmen beizubringen.

v) Die Zuschlagsfrist endet am 27. Dezember 2014.

w) Beschwerdestelle:

Vergabekammer der Freien und Hansestadt Hamburg,
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg
Telefon: +49/(0)40/4 28 40 - 24 41
Telefax: +49/(0)40/4 28 40 - 2 09 30

Hamburg, den 31. Oktober 2014

Schüßler-Plan Ingenieurgesellschaft mbH 853

2140

Freitag, den 7. November 2014

Amtl. Anz. Nr. 87

**Öffentliche Ausschreibung
der Hamburger Wasserwerke GmbH**
– Leitungsbau –

Die Hamburger Wasserwerke haben die Hamburger Stadtentwässerung mit der Vergabe der Leistungen beauftragt.

ÖA-Nr.: 50/14

Wesentliche Leistungen:

Betriebsfertige Legung von insgesamt etwa 3400 m Leitungen in den Straßen Wachtelweg, Danziger Straße, Borgfelde, Opm Blockhorn, Möwenring, Nachtigallenstieg, Holstenstraße und Osterbrooksweg in Schenefeld

und zwar 1400 m DN 50 PE (d 63)
500 m DN 80 PE (d90)
1020 m DN 100 PE (d0125)
sowie 470 m DN 25-50 Cu bzw. PE
Anschlussleitungen

Geplanter Ausführungsbeginn: Februar 2015

Voraussetzung für die Beauftragung:

DVGW-Bescheinigung für Rohrleitungsbauunternehmen nach dem DVGW-Arbeitsblatt GW 301, Gruppe W3 ge und pe.

Sicherheiten und Zahlungsbedingungen:
siehe Vergabeunterlagen

Die Ausschreibungsunterlagen sind ab 6. November 2014 bis zum 20. November 2014 montags bis freitags von 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr einzusehen oder erhältlich mit Nachweis des Überweisungsträgers über 20,- Euro bei der Submissionsstelle der Hamburger Stadtentwässerung, Billhorner Deich 2, 20539 Hamburg, Zimmer B.2.019.

Alternativ können die Unterlagen auch nach schriftlicher Abforderung durch Brief oder Telefax (040/78 88 - 18 49 94) direkt zugesandt werden gegen eine zusätzliche Pauschale für Porto und Verpackung in Höhe von 2,50 Euro. Der Betrag ist in diesem Fall unter Angabe der ÖA-Nr. auf das folgende Konto der Hamburger Stadtentwässerung bei der HSH Nordbank AG, IBAN: DE03 2105 0000 0100 9090 00, BIC: HSHNDEHHXX, zu überweisen. Bargeld, Briefmarken und Schecks werden als Zahlungsmittel nicht angenommen.

Eröffnungstermin: 27. November 2014 um 9.00 Uhr bei der Hamburger Stadtentwässerung, Anstalt des öffentlichen Rechts, Billhorner Deich 2, 20539 Hamburg, Zimmer B.2.003.

Hamburg, den 3. November 2014

Hamburger Wasserwerke GmbH

854

Gläubigeraufruf

Der gemeinnützige Verein **4.D – raum für eurythmische ausbildung und kunst e.V.**, Mittelweg 11-12, 20148 Hamburg, ist aufgelöst worden und befindet sich in Liquidation. Die Liquidatorin Cornelia Klose, Bornkampsweg 36 h, 22926 Ahrensburg, fordert alle Gläubiger des Vereins auf – auch solche, die dem Verein bekannt sind – ihre Ansprüche bis zum 31. Dezember 2014 bei der Liquidatorin anzumelden.

Hamburg, den 12. September 2014

Die Liquidatorin

855